

LEITARTIKEL Bundestagswahl 2021

## Politische Achterbahnfahrt mit ungewissem Ausgang

Die Bundestagswahl 2021 ist anders als alle anderen zuvor. Erstmals nach 1949 tritt kein Amtsinhaber an. Mit Annalena Baerbock, Armin Laschet und Olaf Scholz gibt es aber drei Kandidaten, von deren Parteien jede in den Monaten vor der Wahl in Umfragen schon mal vorne lag. Dies ist ganz anders als bei Guido Westerwelle, dessen Kanzlerkandidatur 2002 nur ein Marketing-Gag der FDP war. Zu keinem Zeitpunkt des damaligen Wahlkampfes hatte er den Hauch einer Chance auf das Kanzleramt. Die FDP lag am Ende fast 30 Prozent hinter den damals noch starken Volksparteien SPD und CDU/CSU. Wie stark sich die Parteienlandschaft in Deutschland seither verändert hat, zeigt auch die Achterbahnfahrt der Kandidaten und deren Werte bei den Sonntagsfragen in diesem Jahr. Das Tempo hat deutlich zugenommen, Auf und Ab wechseln schneller – und das Risiko, aus der Bahn zu fliegen, steigt.

Ursache hierfür ist die immer weiter wachsende Zahl der Wechselwähler. Noch nie gab es so viele wie heute. Die Stammwählerschaft – vor allem von Union und SPD – hat sich hingegen dramatisch reduziert. Nach deutlichen Rückgängen bei der Mitgliederzahl wurde es auch immer schwerer, Wähler langfristig zu binden.

Mit beiden Entwicklungen stehen die Parteien nicht alleine da. Auch andere wichtige Säulen der Bundesrepublik – wie Kirchen und Gewerkschaften – müssen Mitglieder schwund verkraften. Auch hier lässt die Bindungskraft erkennbar nach. Die klassischen Milieus haben in einer sich wandelnden Gesellschaft, die immer stärker von einer Individualisierung der Interessen bei gleichzeitig geringem Organisationsgrad geprägt ist, keine große Bedeutung mehr. Rück-

schlüsse auf eine lang- oder auch nur mittelfristige Parteipräferenz sind für viele Bevölkerungsgruppen nicht mehr möglich. Dies relativiert auch den Wert von Sonntagsfragen. Für Meinungsforscher wird es immer schwieriger, die Entwicklung der politischen Stimmung und die Wahlabsichten vorherzusagen. Sie können nur Momentaufnahmen mit sehr vielen Unwägbarkeiten liefern. Dass unmittelbar vor dem Wahltermin noch ein Drittel der Wahlberechtigten angeben, nicht sicher zu wissen, ob und gegebenenfalls wen sie wählen, spricht für einen ungewissen Ausgang der Achterbahnfahrt.

Vieles scheint möglich, nur wenig völlig ausgeschlossen. Dies gilt vor allem für die Koalitionsoptionen, die sich aus dem Wahlergebnis ergeben dürften. Noch nie war es unwahrscheinlicher, dass es zu einer Regierung aus zwei Parteien kommt. Für einfache Wunschkoalitionen wie Rot-Grün oder Schwarz-Gelb dürfte es nicht reichen. Eine Fortsetzung der großen Koalition, unabhängig, wer an der Spitze steht, ist in Union, in SPD und bei vielen Wählern kaum vermittelbar. Somit dürfte viel über die komplizierteren Dreier-Bündnisse, die rechnerisch möglich und im Vorfeld nicht ausgeschlossen wurden, diskutiert und verhandelt werden. Diese politische Achterbahnfahrt ist allerdings auch nach Auszählung der Stimmen am Wahlabend noch nicht beendet.



PETER STEFAN HERBST

GLOSSE

## Kreise und Kreuzchen

VON PIA ROLFS

Es ist ein Kreuz mit dem Kreuz. Viele haben es im Kreuz oder werden von ihren Mitmenschen auf selbiges gelegt. Auch religiös ist das Kreuz – vorsichtig formuliert – kein Spaßfaktor. Daher geht es jetzt ums Kreuzchen.

Diese Verniedlichungsform deutet bereits an: Alles halb so schlimm. Das Schlurfen zum Wahllokal oder Briefkasten ist kein Kreuzgang, sondern ein Kreuzchen. Und es gilt nur, zwei Linien im Kreis zur Berührung bringen – das ist selbst für Grobmotoriker und Menschen,

die auf Handys herumwischen, noch möglich.

Einziges Problem: Es gibt mehr Kreise auf dem Wahlzettel als Kreuze gemacht werden dürfen. Wohin also mit den Kreuzchen? Dafür rasen oft viele Gedanken kreuz und quer durchs Gehirn. Gefährlich wird das allerdings nur bei einer politikallergischen Kreuzchenreaktion – denn sie endet bisweilen in intelligenzschädlichen Querdenken.

Und wer endlich seine Antwort gefunden hat, möchte am liebsten drei Kreuze machen. Aber erlaubt sind leider nur zwei Kreuzchen, sagen gut unterrichtete Kreise und Kreuzchen.

## Trierischer Volksfreund

Gegründet 1875 von Nikolaus Koch

Verlag:  
Volksfreund-Druckerei Nikolaus Koch GmbH  
54294 Trier, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8,  
PF 3770, 54227 Trier  
Leser-Service 06 51/71 99-0  
Leser-Fax 06 51/71 99-9 90  
Abo-Service 06 51/71 99-998  
Abo-Fax 06 51/71 99-9 78  
Anzeigen-Service 06 51/71 99-999  
Anzeigen-Fax 06 51/71 99-5 90  
Internetadresse: www.volksfreund.de  
E-Mail Redaktion: redaktion@volksfreund.de  
E-Mail Verlag: kontakt@volksfreund.de

Geschäftsführer:  
THOMAS DEICKE, THOMAS MARXVerlagsleiter:  
RÜDIGER KRUPPA

Chefredakteur: THOMAS ROTH

Stellv. Chefredakteur: Peter Reinhart

Chef vom Dienst: Alexander Houben

Newsmangement: Marek Fritzen, Alexander Houben, Inge Kreuzt, Peter Reinhart, Thomas Roth  
Reporterchef: Lars Ross, Rebecca Schaal (Stellv.)  
Digitaldesk: Johanna Heckelej  
Printdesk: Marcus Hormes, Ralf Jakobs (Stellv.)

Verantwortliche Redakteure:  
Birgit Markwittan (Magazine)  
Ralf Jakobs (Redaktionsmanagement)Chefredakteur: Katharina de Mos, Rainer Neubert,  
Rolf Seydewitz, Bernd WientjesBerliner Büro: Kerstin Münstermann, Werner  
KolhoffVerantwortlich für den Anzeigenteil:  
Rüdiger Kruppa

Zeitungszustellung: TV-Logistik GmbH

Bezugspreise: Die Zeitung erscheint täglich außer an Sonntagen und mit einer Doppelausgabe an den Feiertagen und kostet monatlich 41,95 Euro einschließlich Zustellerlohn, Postvertriebsstück: Inland monatlich 46,25 Euro, Ausland monatlich 68,15 Euro. Alle Preise verstehen sich einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten. Bei Nichterscheinen in Folge höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung, Störung usw. kein Anspruch auf Entschädigung.  
Eine Abbestellung des Abonnements kann nur schriftlich beim Verlag mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende erfolgen.

Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 65 vom 1. Januar 2021. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Druckerei:  
Saarbrücker Zeitung Verlag und Druckerei GmbH  
66117 Saarbrücken, Untertürkheimer Str. 15



KARIKATUR: HARM BENGEN

**ANALYSE** Lange war das Schicksal des Kölner Kardinals Woelki in der Schwebel. Jetzt gibt es eine Entscheidung des Papstes - die prompt Kritik nach sich zieht.

## Der Papst lässt Kölner Kardinal Woelki im Amt

VON VON MANUEL SCHWARZ UND  
CHRISTOPH DRIESSEN

**ROM/KÖLN** (dpa) Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki bleibt im Amt, nimmt aber eine knapp fünfmonatige Auszeit. Diese Entscheidung von Papst Franziskus teilte die Apostolische Nuntiatur am Freitag in Berlin mit. Das Rücktrittsangebot der beiden Kölner Weihbischöfe Dominikus Schwaderlapp und Ansgar Puff schlug der Papst aus.

Der Vatikan nahm den Kardinal in der Erklärung gegen den Vorwurf in Schutz, Defizite bei der Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch vertuscht zu haben. Allerdings hieß es auch: „Dennoch hat Kardinal Woelki in der Herangehensweise an die Frage der Aufarbeitung insgesamt, vor allem auf der Ebene der Kommunikation, auch große Fehler gemacht. Das hat wesentlich dazu beigetragen, dass es im Erzbistum zu einer Vertrauenskrise gekommen ist, die viele Gläubige verstört.“

Der Heilige Vater zähle auf Woelki, heißt es weiter, doch gleichzeitig sei offenkundig, dass er und das Erzbistum Köln einer Zeit des Innehaltens, der Erneuerung und der Versöhnung bedürften. Deshalb werde Woelki von Mitte Oktober bis zum 1. März eine „geistliche Auszeit“ nehmen. In dieser Zeit wird das größte deutsche Bistum von dem Kölner Weihbischof Rolf Steinhilber als Apostolischem Administrator geführt.

Woelkis Position war unsicher ge-

worden, nachdem der Papst Ende Mai angekündigt hatte, zwei Bevollmächtigte zu entsenden, um die Situation in Köln zu untersuchen. Diese beiden Gesandten, der Stockholmer Kardinal Anders Arborelius und der Rotterdamer Bischof Hans van den Hende, erstellten anschließend einen Untersuchungsbericht für den Papst.

Auslöser der Krise im Erzbistum Köln war ursprünglich Woelkis Weigerung, ein von ihm selbst in Auftrag gegebenes Gutachten zum Umgang von Bistumsverantwortlichen mit Missbrauchsvorfällen zu veröffentlichen.

**„Ich hoffe, dass der Prozess einer Aussöhnung im Erzbistum Köln anlaufen wird.“**

Georg Bätzing  
Vorsitzender der Deutschen  
Bischofskonferenz

chen. Er führte dafür rechtliche Gründe an. Im Zuge des dadurch entstandenen Streits entfremdeten sich der Kardinal und die wichtigsten Gremien des Erzbistums immer weiter voneinander. Das Verhältnis gilt mittlerweile als zerrüttet.

Woelki sagte am Freitag in einer kurzen Presse-Erklärung: „Natürlich habe ich Fehler gemacht bei der Aufarbeitung. Ich habe Fehler gemacht mit Blick auf die Kommunikation, und dafür übernehme ich selbstverständlich die Verantwortung. Das tut mir leid, das bedaure ich.“ Die „geistli-

che Auszeit“ habe er dem Papst selbst vorgeschlagen, und der habe die Idee gut gefunden.

In der katholischen Kirche in Deutschland wurde die Entscheidung des Papstes skeptisch bis kritisch aufgenommen. „Ich hoffe, dass der Prozess einer Aussöhnung im Erzbistum Köln anlaufen wird“, kommentierte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing. „Ob dies innerhalb weniger Monate zu einer grundlegend veränderten Situation führen kann, vermag ich nicht zu beurteilen.“

Rom sei sichtlich darum bemüht, „Bewegung in die schwere Krisensituation“ zu bringen. Wenn der Papst die Entschiedenheit von Woelkis Aufarbeitungswillen hervorhebe, treffe dies einerseits zu, andererseits lasse es viele Betroffene aber auch ratlos und verletzt zurück. „Vieles hängt jetzt davon ab, wie Kardinal Woelki die Auszeit gestalten wird. Es braucht – auch von ihm – Gesprächs- und Mediationsangebote, um Chancen und Perspektiven zu finden“, mahnte Bätzing.

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, reagierte mit offener Kritik. „Ich kann die vatikanische Entscheidung zum Verbleib von Kardinal Woelki im Amt nicht verstehen“, teilte er mit. „Das Instrument einer Auszeit ist nicht genug. Es ist völlig unklar, was am Ende einer solchen Auszeit stehen kann, und sie ist nicht geeignet, um verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen.“

DIE WOCHE IM BLICK

## Darum sollten Sie diesmal wählen

Zugegeben: Feurig, das war der Wahlkampf nicht. Bei den Parteien und deren Spitzenkandidatinnen und -kandidaten herrschte oft die Angst vor, einen Fehler zu machen. Die beiden größten Parteien eint eines: Sie sind Teil einer Regierung, wollen aber eigentlich nicht mehr zusammengehen. CDU/CSU und SPD sind Partner und Gegner gleichzeitig. Eine Situation, die dadurch verschärft wurde, dass Armin Laschet sich einerseits von der Politik von Angela Merkel in Teilen distanziert, andererseits eben doch ihr Erbe werden will. Olaf Scholz dagegen rückte nah an Merkel heran, obwohl diese das gar nicht wollte. Und Annalena Baerbock vertrat wie FDP und Linke immer wieder, dass sie gegen das „Weiter so“ ist.

Doch ganz sicher lohnt sich eines: am Sonntag wählen zu gehen. Und das aus verschiedensten Gründen. Die jüngsten Umfragen zeigen, dass die Parteien eng beieinander liegen. Es ist weder sicher, wer stärkste Kraft wird, noch welche Parteien eine Koalition bilden können. Selten waren wenige Prozentpunkte, wenige Stimmen so entscheidend in der Frage der Regierungsbildung.

Dazu kommen die vielen wichtigen Aufgaben der neuen Regierung. Ja, es stimmt: Deutschland ist immer noch ein Land, in dem es sich gut leben lässt. Doch nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Deutschland nicht nur in Sachen Digitalisierung großen Nachholbedarf hat. Beim wichtigen Thema Klimaschutz beschränkt sich die Diskussion oft auf E-Autos und neuerdings Lastenräder. Dabei geht es um einen Umbau der Wirtschaft – bei dem Politik sich nicht als allwissend darstellen sollte und alles vorgeben muss. Es geht darum, Chancen zu nutzen, und Fehler, wie sie etwa auf dem Strommarkt gemacht worden sind, zu korrigieren.

Wer wird unser Land in den nächsten Jahren prägen, wer die Außenpolitik bestimmen, die ebenfalls kaum eine Rolle spielte im Wahlkampf? Wenn Sie dies mitbestimmen wollen, haben Sie am Sonntag die Chance dazu. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein schönes Wochenende und: Gehen Sie wählen!

t.roth@volksfreund.de

Thomas Roth  
Chefredakteur

**Produktion dieser Seite:**  
Martin Wittenmeier, Michaela Heinze

RÜCKBLENDE

**Was geschah am 25. September?**

**2019** Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg, zwei Menschenrechtlerinnen aus der Westsahara und China sowie ein brasilianischer Ureinwohner werden mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. Die spendenfinanzierten Preise werden am 4. Dezember in Stockholm überreicht.

**2016** China nimmt im Osten des Landes das weltweit größte Radiooteleskop zur Erforschung des Weltraums in Betrieb. Seine Schüssel hat einen Durchmesser von mehr als 500 Metern.

**2011** Knapp 72 000 Wahlmänner bestimmen die Hälfte der Sitze im französischen Senat neu. Die oppositionellen Linksparteien haben erstmals seit Gründung der Fünften Republik 1958 die Mehrheit in der zweiten Parlamentskammer.

**2006** Die Deutsche Oper Berlin setzt aus Sorge über mögliche islamistische Anfeindungen die Mozart-Oper „Idomeneo“ vom Spielplan ab.

**2001** Wladimir Putin spricht als erster russischer Präsident vor dem Bundestag. Seine Rede hält er zum Teil auf Deutsch.

**1961** Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz nimmt ihre Arbeit auf. Sie soll die ehemals staatlichen preußischen Sammlungen betreuen, sie in Berlin zusammenführen und der Öffentlichkeit zugänglich machen.

**Was geschah am 26. September?**

**2016** Nach mehr als 50 Jahren Bürgerkrieg unterzeichnen der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos und der Kommandeur der linken Guerillaorganisation Farc, Rodrigo Londoño, in Cartagena einen Friedensvertrag.

Greta Thunberg, Umweltaktivistin  
und Schülerin aus Schweden. FOTO: DPA

hin größte Fusion der deutschen Wirtschaftsgeschichte entsteht 2000 der Konzern Eon.

**1991** Als erster Herrscher in der Geschichte seines Landes reist Japans Kaiser Akihito offiziell in andere Länder Asiens. Auf seinem Reiseprogramm stehen Thailand, Malaysia und Indonesien.

**1986** Der Bertelsmann Konzern kauft den zweitgrößten US-Buchverlag Doubleday & Co. Damit rückt Bertelsmann zum weltweit größten Medienkonzern auf.

**1971** Die Deutsche Bundesbahn setzt mit Beginn des Winterfahrplans zur Unterstützung des Schnellverkehrs erste Intercity-Züge (IC) ein.

**1876** Der 28-jährige Kaufmann Fritz Henkel gründet mit zwei Kompagnons in Aachen die Firma Henkel & Cie zur Herstellung eines Pulver-Waschmittels.